Stadt Bielefeld
Rechtsamt
33597 Bielefeld

STADT BIELEFELD
Rechtsamt
21. April 2022

Bielefeld, 15.04.2022

Bürgerantrag gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW

Straßenbauplanungen L712n und Herforder Straße

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Parents for Future Bielefeld setzen wir uns seit drei Jahren für den Klimaschutz in Bielefeld ein. Wir verfolgen die diesbezüglichen Entwicklungen und Entscheidungen der Stadt Bielefeld sehr genau und begrüßen die Bemühungen der Stadt, insbesondere die Ausrufung des Klimanotstandes 2019, die Entscheidung für Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 und die Entscheidung für eine Veränderung des Model Splits hin zu nur noch 25% Automobilität bis 2030.

Zu diesen Weichenstellungen passt der geplante Weiterbau der L712n und der autobahnähnliche Ausbau der Herforder Straße in keiner Weise. Im Gegenteil, eine Realisierung dieser Baupläne konterkariert die Beschlüsse der Stadt.

Die bis zu 30 Jahre alten Planungen stammen aus einer anderen Zeit. In der aktuellen Klimakrise mit den sich sichtbar verschärfenden Klimafolgen müssen ganz andere Prioritäten gesetzt werden. Insbesondere darf kein weiterer Straßenneu- oder -ausbau ohne eine Klimaverträglichkeitsprüfung stattfinden. Wir brauchen dringend eine Infrastruktur, die die Nutzung des Rades und des ÖPNV attraktiver macht. Weitere Verbesserungen für den motorisierten Individualverkehr führen in die falsche Richtung.

Darüber hinaus muss der Schutz unserer Naturräume (u.a. die jetzt gefährdeten Auenlandschaften und Überschwemmungsgebiete) oberste Priorität haben. In der sich verschärfenden Klimakrise brauchen wir diese dringend. Genau dies macht der soeben erschienene Bericht des IPCC noch einmal dramatisch deutlich. Es gibt nichts mehr zu verschieben – in den nächsten acht Jahren kommt es darauf an, die überlebenswichtigen Naturräume zu erhalten und auszubauen und den CO2-Ausstoß auf allen Ebenen drastisch zu reduzieren.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz BUND kritisiert die oben genannte Straßenplanung bereits seit 1998. Schon damals gab es gute Gründe dagegen. In der aktuellen Situation scheint es geradezu absurd, daran weiter festzuhalten.

Wir fordern die zuständigen Gremien der Stadt Bielefeld daher auf, die Planungen und deren Umsetzung zu stoppen und auf den Prüfstand zu stellen.

Insbesondere sollen

1. Grundstücke im Besitz der Stadt Bielefeld, die für den Bau der L712n benötigt werden, nicht an den Landesbetrieb Straßen.NRW veräußert werden.

2. ggf. bestehende Kooperationsverträge mit Straßen.NRW bezüglich der genannten Bauprojekte gekündigt werden.

3. die rechtlichen Möglichkeiten der Stadt Bielefeld geprüft werden, die überalterten Planungen in der aktuellen Situation planungsrechtlich neu zu bewerten. Die klima- und verkehrspolitischen Ziele der Stadt Bielefeld und das wegweisende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundesklimaschutzgesetz vom April 2021 machen eine juristische Neubewertung notwendig.

Mit freundlichem Gruß

Parents for Future Bielefeld